

Aus dem Grossen Rat

Hitzige Strassengeld-Debatte

Gregor Biffiger, Grossrat SVP, Berikon

Yahya Hassan Bajwa heisst der an der jüngsten Grossratsitzung in Pflicht genommene Grossrat der Grünen. An der kommenden Sitzung folgt dann für die SP noch Ivica Petrusic. Beide haben sich schon verschiedentlich öffentlich in der Islam-Debatte zu Wort gemeldet. Der Marsch durch die Institutionen hat offensichtlich auch hier begonnen.

Der Grosse Rat hat Änderungen des Sozialhilfe- und Präventionsgesetzes in erster Lesung zwar mit nur drei Gegenstimmen zugestimmt. Aber die Neuregelungen der Einarbeitungszuschüsse und der Elternschaftsbeihilfe lösten keine Begeisterung aus. Unbestritten blieb der dritte Teil der Revision, wonach die Gemeinden ihre Aufgaben im Bereich der Verwandtenunterstützung und Rückerstattung von Sozialhilfeleistungen gegen Entschädigung dem Kanton übertragen können.

Ebenfalls eine Mehrheit im Parlament fand ein Postulat aus Reihen der SVP, welches von Regierung und Gebäudeversicherung verlangt, beim Strassenrettungskonzept über die Bücher zu gehen. Es macht in der Tat keinen Sinn, wenn etwa die Stützpunktfeuerwehr Aarau zu Unfällen auf der A1 ausrücken muss, wo andere Feuerwehren wesentlich schneller vor Ort wären.

Autosteuern, Zweckbindung der Strassengelder und Ökologisierung des Strassenverkehrs sind seit Jahren ein politischer Dauerbrenner und das nicht nur im Kanton Aargau - diese Debatte läuft momentan synchron auch wieder einmal im Kanton Zürich. Dass die Vorlage der Aargauer Regierung dreigeteilt daherkommt, nämlich mit je einem Gesetz zu Strassen, Abgaben und Ökologisierung, macht das Ganze nicht leichter verdaulich und täuscht auch nicht darüber hinweg, dass es sich dabei letztlich um alten Wein in neuen Schläuchen handelt.

Zunächst schien es, als käme das Gesetzeswerk schon beim Eintreten unter die Räder. SVP und SP wünschten die Vorlage in die Wüste. Und so nahm sie mit 65 Ja zu 58 Nein nur knapp die Eintretenshürde. Dann musste sich die Regierung in der dreistündigen Debatte herbe Kritik anhören, sie wolle ihren Machtbereich ausdehnen und viele Strassengelder zweckentfremdet einsetzen. Im täglichen Verkehr bewegten sich 80 Prozent der Verkehrsteilnehmer auf der Strasse und nur 20 Prozent per Bahn; gleichwohl fliesse aber bei den Investitionen die Hälfte in den öffentlichen Verkehr. Im weiteren wurde die ökologische Besteuerung bemängelt: diese geschehe schon heute über den Treibstoffzoll, wer viel fahre, bezahle auch viel, ebenso über die Verkehrsabgabe und die LSVA.

Fast endlose Diskussionen entstanden beim richtigen Ausbaustandard und führten zu Prüfungsanträgen für die zweite Lesung. Bei den Systemen für die Verkehrslenkung hagelte es regelrecht Anträge. Eine Zweidrittelsmehrheit folgte schliesslich dem Kommissionsantrag, wonach mindestens 50 Prozent aus der Strassenkasse zu zahlen sei und dies unabhängig

davon wie stark der öffentliche Verkehr profitiert. Der gleiche Anteil von mindestens 50 Prozent gilt auch bei der Trennung von Strasse und Schiene.

Aus zeitlichen Gründen kam der Grosse Rat nicht mehr zu den heissen Eisen Autosteuern und Ökologisierung. Die knappen Kommissionsentscheide und die Voten in der Eintretensdebatte machten aber deutlich, dass es an der kommenden Sitzung noch hitziger zugehen wird, wenn es um die Motorfahrzeugsteuer und das Bonus/Malus-System geht. Man darf gespannt sein...